

Dann schlieÙe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/11673. Der Innenausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/15914, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer also dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU-, FDP- und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die sind bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf Drucksache 17/11673 abgelehnt**.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, diesmal über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/16057, und zwar zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/12423. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das ist die AfD Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/16057** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/12423. Der Innenausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/15915, und zwar in der Fassung des Neudrucks, den Gesetzentwurf mit den in seiner Beschlussempfehlung näher bezeichneten Änderungen anzunehmen. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Wer also der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmenthaltungen? – Die sind demzufolge bei der AfD-Fraktion. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf Drucksache 17/12423** der Landesregierung **in der Fassung der Beschlüsse des Innenausschusses angenommen**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Damit kommen wir zu:

3 Europäisches Jahr der Jugend 2022 als Chance für echte Partizipation junger Menschen in NRW nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15878

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der SPD Herr Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine gute Nachricht aus Brüssel, dass sich Parlament und Rat Anfang Dezember darauf verständigt haben, dem Vorschlag der Kommission zu folgen und das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären.

(Unruhe – Glocke)

– Danke schön. – Es ist zwar zeitlich reichlich knapp geworden, aber es gilt der Satz: besser spät als nie. 8 Millionen Euro werden dafür vor allem aus Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps zur Verfügung gestellt. Aber auch andere Programme werden ihre Schwerpunkte auf das Europäische Jahr der Jugend legen.

Es geht um Begegnung, es geht um Beteiligung und es geht um Befähigung. Das Europäische Jahr der Jugend 2022 ist die richtige Botschaft an eine Generation, die unter der Pandemie gelitten hat und heute noch immer leidet. Das sind die Studierenden, die zum Teil noch nie eine Universität von innen gesehen haben. Das sind die Schülerinnen und Schüler, für die gutes Lernen unter den Bedingungen der Pandemie schwer möglich war.

Hinzu kommen die mindestens genauso dramatischen Auswirkungen durch fehlende soziale Kontakte und den Austausch mit Gleichaltrigen. Nicht umsonst schlagen die Kinder- und Jugendpsychologen Alarm, weil ihre Praxen und Sprechstunden überlaufen. Und so ist es auch keine Überraschung, dass sich seit dem zweiten Lockdown über 90 % der jungen Menschen nicht wirklich gehört fühlen und 58 % davon ausgehen, dass ihre Situation für die Politik kaum eine Rolle spielt.

Die SPD-Fraktion hat bereits im September mit einem umfassenden Antrag gefordert, dass die Landesregierung eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen entwickeln soll. Die entsprechende Anhörung vergangene Woche hat gezeigt, dass die Antworten der Landesregierung bei Weitem nicht ausreichend sind.

Die Expertinnen und Experten haben unseren Vorschlag, über eine Kinder- und Jugendstrategie eigenständige Kinder- und Jugendpolitik krisenfest, inklusiv, ressortübergreifend und mit niedrigschwelligen Beteiligungsinstrumenten zu verankern, deutlich begrüßt und konkrete Hinweise für eine erfolgreiche Umsetzung mit auf den Weg gegeben.

Ein erster wichtiger Schritt könnte dabei die Einführung eines Kinder- und Jugendchecks bei Gesetz-

gebungsverfahren des Landes sein. Auf der Bundesebene funktioniert das bereits erfolgreich.

Ich will jetzt die jugendpolitische Debatte von September nicht gänzlich wiederholen, aber es bleibt dabei: Wer glaubt, wenn man einfach das Zauberwort „Landesjugendparlament“ ausspricht, dann sei dies eine ausreichende kinder- und jugendpolitische Strategie, von der sich alle Menschen mitgenommen fühlen, der irrt sich gewaltig.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

Dass dies weiterhin mantramäßig vorgetragen wird, ist eher Ausdruck politischer Ignoranz. Doch nun bietet sich Ihnen die Möglichkeit, die Versäumnisse der vergangenen Jahre zumindest teilweise aufzuarbeiten. Aber damit ich nicht falsch verstanden werde: Das Europäische Jahr der Jugend kann und darf eine eigene jugendpolitische Strategie der Landesregierung nicht ersetzen. Ihre Hausaufgaben können Sie nicht einfach nach Brüssel abwälzen. Aber immerhin bietet sich nun die Chance, beide Konzepte miteinander zu verzahnen.

Besonders wichtig ist für uns dabei der Blick darauf, dass durch die Pandemie bestehende soziale Ungleichheiten verschärft worden sind und dass es vor allen Dingen junge Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen sind, die mit den richtigen Instrumenten den Anschluss an das gesellschaftliche Leben nicht verlieren dürfen. Darum gilt es jetzt, mit dem Rückenwind aus Brüssel diese Projekte mit Leben zu füllen und schnell in den Dialog mit den Verbänden, mit den Akteuren, aber auch mit den jungen Menschen direkt und auf Augenhöhe einzusteigen. Die entsprechenden Vorstellungen dazu haben wir im Antrag deutlich formuliert.

Es darf mit dem Europäischen Jahr der Jugend nicht passieren, was im Moment mit dem Jahr zur Zukunft Europas passiert, das nahezu geräuschlos an den Menschen vorbeizieht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nur durch Kraftanstrengung aller Beteiligten, den Mitgliedsstaaten, den Ländern und Kommunen kann das nächste Jahr ein Erfolg für die Jugend Europas werden. Tragen Sie Ihren Teil dazu bei! Unterstützen Sie unseren Antrag und zeigen sie den jungen Menschen in NRW, dass Sie sie nicht vergessen haben und dass Sie jetzt für sie handeln! Besser spät als nie.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! „Wir in Europa sind zu unserem Glück vereint“ – so hat es einmal Hans-Gert Pöttering, der zwölfte Präsident des Europäischen Parlaments, auf den Punkt gebracht. Dass Europa heute zu unser aller Glück vereint ist, ist einerseits das Ergebnis geschichtlicher Lehren, geschichtlicher Lehren des leidgedrängten Preises von destruktivem Gegeneinander anstelle konstruktiven Miteinanders; es ist andererseits aber auch das Ergebnis der richtigen Schlussfolgerungen aus der historischen Zäsur des Zweiten Weltkrieges.

Jean Monnet, Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl – es ist ihr Vermächtnis und das der anderen großen Mütter und Väter Europas, an das wir heute anknüpfen und aufbauen. „Wir in Europa sind zu unserem Glück vereint“. Für wen, meine Damen und Herren, gälte diese Aussage mehr als für uns in Nordrhein-Westfalen? Und für wen in Nordrhein-Westfalen gälte diese Erkenntnis wiederum mehr als für die jungen Menschen in unserem Land?

Europa bringt seit Generationen junge Menschen zusammen. Damit junge Menschen früh und immer wieder positive europäische Erfahrungen machen können, steht Nordrhein-Westfalen aus Überzeugung für eine proaktive Europapolitik. Drei Beispiele will ich an dieser Stelle nennen.

Erstens die Europawoche: Die Europawoche ist ein fester Bestandteil des politischen Kalenders in Nordrhein-Westfalen. Das Motto der Europawoche im Jahr 2022 lautet: „Stories of Europe – zeig mir Dein Europa“. Die Europawoche soll dabei gezielt über die Arbeit der EU aufklären und aufzeigen, wie Europa den Alltag und die Lebenswirklichkeit prägt.

Zweitens das Projekt EU-Jugendbotschafter@school: In einer Reihe von Workshops an Haupt- und Realschulen sollen sich Schülerinnen und Schüler eine Meinung bilden und neue Blickwinkel erarbeiten, um ihren ganz individuellen Bezug zu Europa herstellen zu können.

Und drittens: Mit „Team up!“ wollen wir nach dem Austritt Großbritanniens den zivilgesellschaftlichen Austausch insbesondere junger Menschen aus Nordrhein-Westfalen und Großbritannien fördern – ein Anliegen, das ich ganz besonders wichtig finde. Denn gerade junge Menschen hier und dort leiden unter den Schwierigkeiten und Hürden, die der Austritt des Vereinigten Königreiches mit sich gebracht hat. Wir wollen dazu beitragen, dass unsere jungen Menschen weiterhin in europäisch gesinntem Kontakt bleiben und Freundschaften entstehen.

Meine Damen und Herren, 2022 wird das Europäische Jahr der Jugend. CDU und FDP begrüßen ausdrücklich, dass mit dem Europäischen Jahr der Jugend auch auf europäischer Ebene die Anliegen und Bedürfnisse junger Menschen noch stärker in den Blick genommen werden. Die vier inhaltlichen Ziel-

dimensionen – Lehren und Schlussfolgerungen aus der Pandemie, Jugendarbeit, Verbesserung von Chancen und Lebensperspektiven und Jugendbeteiligung – sind die zentralen Aspekte. Es ist gut, dass diese gesamteuropäisch diskutiert und vorangebracht werden sollen.

Nordrhein-Westfalen wird das Europäische Jahr der Jugend positiv begleiten, zum Beispiel durch und mit den genannten Maßnahmen und Projekten. Der Antrag der Sozialdemokraten nimmt im Wesentlichen auf eine der vier Zieldimensionen Bezug und ist offensichtlich darauf ausgelegt, eine sich bereits in der Beratung befindliche parlamentarische Initiative zu flankieren. Damit wird der Antrag weder den Anliegen des Europäischen Jahres der Jugend noch den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen gerecht – schade.

CDU und FDP werden den vorliegenden Antrag daher ablehnen und ihre erfolgreiche Arbeit für Europa und die jungen Menschen weiter fortsetzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Und an dieser Stelle: Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockmeier.

Alexander Brockmeier* (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Auswirkungen der Coronapandemie beschäftigen uns jetzt schon seit fast zwei Jahren. Es ist kaum abzusehen, welche Schäden die Pandemie bisher und noch in Zukunft bei insbesondere den jungen Menschen anrichtet. Aber schon jetzt steht fest, dass junge Menschen mit am meisten unter der aktuellen Lage leiden.

Während junge Menschen immer wieder aufs Neue ihre Solidarität gezeigt haben, waren gerade sie von starken Auswirkungen und Einschränkungen betroffen. Für viele bestand der Alltag aus Isolation sowie der Angst ihr Studium nicht fortsetzen zu können und die Wohnung und damit letztlich die Perspektive für die Zukunft zu verlieren. Gerade in Bezug auf die Chancengerechtigkeit hatten Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien es besonders schwer, mit ihren Mitschülern mitzuhalten.

Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir alle Lebenslagen, die partizipativen, aber auch die, die mein Kollege Kamieth gerade angesprochen hat, in den Blick zu nehmen. Das macht diese Landesregierung auch, angefangen bei den Kindern, den Schülerinnen und Schülern, den Jugendlichen und den Studierenden. Mit Blick auf alle Lebenslagen müssen wir schauen, wie wir gerade jetzt den jungen Menschen weiterhelfen können.

Das unterscheidet uns übrigens von Ihrer Oppositionsarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Während Sie nämlich vermeintlich nette Anträge schreiben und viel Oppositionsklamauk machen, schauen wir uns an, wie wir konkret weiterhelfen können, und setzen das dann auch entsprechend um. Während Sie Bildungschancen – wie es Ihr Kollege Ott mit seinen Vorschlägen häufig vorhatte – abbauen wollen, sorgen wir beispielsweise dafür, dass Bildung an allen Schulen stattfindet

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Was ist das denn für ein Blödsinn? Das hat er im Leben nicht gesagt, Herr Kollege!)

und Schulen – wie etwa bei der Debatte um vorgezogene Weihnachtsferien – nicht schließen, sondern stattdessen Bildungsunterricht anbieten.

(Zuruf)

– Lesen Sie Ihren eigenen Antrag. Sie sagen, dass wir dafür sorgen würden, dass weniger Bildung stattfinde. Das Gegenteil ist der Fall:

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Haben Sie überhaupt etwas verstanden, Herr Brockmeier?)

Sie hätten dafür gesorgt, dass weniger Bildung stattfinden würde.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber gerade weil wir in so einer schwierigen Lage sind, ist es richtig und wichtig – das beschreiben Sie in Ihrem Antrag auch –, dass die Europäische Kommission den Vorschlag gemacht hat, das Jahr 2022 als Jahr der Jugend auszurufen. Das ist ein wichtiges Zeichen. Ich habe die Herausforderungen ja gerade geschildert.

In ihrem Antrag fordern Sie nun, dass wir dieses europäische Jahr auch hier in Nordrhein-Westfalen mit Leben füllen sollten. Das tun wir mit Selbstverständlichkeit, und dafür brauchen wir Ihren Antrag nicht. Sie – das hat Herr Kamieth gerade gesagt – beleuchten nur eine Perspektive, dabei hat die Europäische Kommission einen viel weiter gehenden Vorschlag gemacht. Davon sollten wir alle Aspekte leben und nicht nur den Aspekt der Partizipation; den zwar auch, aber wir sollten auch die anderen Aspekte mit in den Blick nehmen. Das haben wir im Übrigen nicht nur in der Pandemie, sondern auch schon vor der Pandemie getan und es beispielsweise im Koalitionsvertrag vereinbart.

In einer besonders herausfordernden Situation haben wir mit einem NRW-Großbritannien-Stipendienprogramm, mit dem Programm „Team up!“ dafür gesorgt, dass Azubis, Studierende und Schüler die Möglichkeit haben, Austausch und Begegnungen mit britischen Counterparts zu erfahren. Darüber hinaus haben wir mit dem Haushalt, den wir heute be-

geschlossen haben, dafür gesorgt, dass Austauschprojekte mit 500.000 Euro mehr gefördert werden.

Es gibt noch viele, viele weitere Projekte, die wir haben: EU JugendbotschafterIn; eine Onlinebefragung, an der 28.000 Menschen, insbesondere junge Menschen, teilgenommen haben. Wir haben die 244 Europaschulen, die ein wichtiger Bestandteil Nordrhein-Westfalens sind. Und schließlich haben wir den Kinder- und Jugendförderplan, der sich auch mit europäischen Fragen beschäftigt, entsprechend aufgestockt.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Schlussendlich bleibt es aber nach wie vor, gerade im Jahr 2022, unsere Aufgabe, zu schauen, wie wir dieses europäische Projekt noch mehr bewerben und die Projekte auch hier zum Erfolg bringen können.

Abschließend will ich sagen, dass dieser Antrag – diesen Eindruck hatte ich zumindest nach der Rede von Herrn Maelzer – nicht die europäische Idee bzw. den Vorschlag der Europäischen Kommission hervorheben, sondern vielmehr den Antrag aus dem September ein bisschen aufwärmen soll. Wirklich schwierig ist der letzte Forderungspunkt, in dem Sie schreiben, dass wir dem Antrag, der noch im Beratungsverfahren ist, zustimmen sollten, wir ihn also heute beschließen sollten.

Dabei hat erst in der vergangenen Woche eine Anhörung stattgefunden, die noch nicht einmal ausgewertet ist. Es gab auch Kritikpunkte, es war nicht nur positiv, und deswegen ist das schon ein wirklich schiefes Vorgehen. Ich denke, dass Sie hier eher mit fadenscheinigen Anträgen um junge Menschen werben wollen.

Wir sollten den Antrag, den Sie im September vorgelegt haben, für sich betrachten, darüber diskutieren und darüber abstimmen und über den vorliegenden Antrag diskutieren und abstimmen, anstatt das zu vermengen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Europäische Kommission hat im Oktober den Vorschlag gemacht, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären, und Parlament und Rat – Kollege Maelzer hat gerade darauf hingewiesen – haben im Dezember entschieden, diesen Vorschlag aufzugreifen und das neue Jahr kurz vor knapp noch zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären.

Das ist ein wichtiges Signal für eine Generation, die sich in der Pandemie immer wieder solidarisch gezeigt hat und die gleichzeitig so sehr unter den Einschränkungen leidet. Lebenswerten, Lernwelten und Erfahrungswelten junger Menschen sind sehr stark eingeschränkt worden und mit ihnen auch Zukunftschancen, die quasi auf Eis gelegt wurden.

Lernen und Studieren auf Distanz geht mit großen Herausforderungen und großen Einschnitten einher. Praktika und Auslandsaufenthalte konnten nicht stattfinden. Ich weiß nicht, wer von Ihnen diese Erfahrungen machen konnte, aber wenn den jungen Menschen diese Erfahrungen fehlen, ist das ein tiefer Einschnitt auf ihrem Weg zum Erwachsenwerden.

Auch die Ausbildungsplatzsuche ist in solchen Zeiten sehr erschwert. Die Pandemie hat den jungen Menschen Zukunftschancen verbaut, und deswegen ist es richtig, dass dieses Signal gesetzt wird, schließlich sind auch die sozialen Folgen nicht zu vernachlässigen. Der erste Kuss funktioniert nicht digital. Einsamkeit, Bewegungsmangel, psychische Probleme – viele Dinge, die zu Selbstwirksamkeitserfahrungen, zu Prozessen des Erwachsenwerdens dazugehören, sind empfindlich gestört.

Was die jungen Menschen noch empfindlicher stört, ist die Tatsache, dass sie nicht gehört werden und dass ihre Interessen in der Pandemiepolitik und -bekämpfung zu wenig berücksichtigt wurden. Das ist der Grund, auf dem die Idee des Europäischen Jahres der Jugend aufsetzt. Es gilt, die Belange von Kindern und Jugendlichen mehr in den Blick zu nehmen, denn – und das wird auch in diesem europäischen Vorschlag deutlich – es darf nicht nur um das Aufholen nach Corona gehen. Vielmehr müssen wir die Chance nutzen, gestärkt aus dieser Krise zu kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dementsprechend soll das Programm „NextGenerationEU“ mit dem Europäischen Jahr der Jugend verknüpft werden. Es geht nicht nur um die aktuelle Pandemiebekämpfung, sondern auch um die Zukunft und die Freiheit der jungen Generation, für die wir als Erwachsene, als Ältere jetzt eine solidarische Verantwortung tragen.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Klar ist aber auch, dass wir diese Zukunft nur mit ihnen gemeinsam gestalten können, und hier liegt die große Chance des Europäischen Jahres der Jugend.

Es gibt bereits zahlreiche bestehende Förderprogramme der EU, die junge Menschen bei der persönlichen, sozialen und beruflichen Entwicklung unterstützen. Außerdem stärken sie den europäischen Austausch und den europäischen Zusammenhalt, denn die junge Generation ist eine Generation – Kollege Kamieth hat schon darauf hingewiesen –, die in

einem geeinten und demokratischen Europa aufgewachsen ist. Genau diese Aspekte sollen weiter gestärkt werden mit Programmen wie „Erasmus+“, mit dem Europäischen Solidaritätskorps, also dem Freiwilligendienst für ein soziales und vielfältiges Europa, mit Reisen durch Europa mittels DiscoverEU, mit den Jugendwerken für den europäischen Austausch und mit vielen anderen Programmen und Projekten.

Mit der EU-Jugendstrategie fördert die Europäische Union die drei bereits genannten Kernziele: Beteiligung, Begegnung und Befähigung. Natürlich ist Begegnung, insbesondere im europäischen Austausch, ein zentrales Element. Herr Kollege Brockmeier, wenn Sie sagen: „Na ja, man darf sich nicht so sehr auf diese Kleinigkeit der Beteiligung fokussieren“, finde ich, dass das tief in die Problematik blicken lässt, die Kinder und Jugendliche, vor allem im Rahmen der Pandemiepolitik, zu erdulden hatten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Ich finde, es ist ein wichtiges Signal, aber es kann nur dann mit Leben gefüllt werden, wenn wir in Nordrhein-Westfalen den Ball auch tatsächlich aufnehmen. Bei den Kollegen von CDU und FDP waren da viel zu viele Worthülsen. Man hatte, ehrlich gesagt, ein bisschen das Gefühl, dass Sie sich weder mit dem Antrag noch mit dem Europäischen Jahr der Jugend wirklich auseinandergesetzt haben.

Es geht darum, aus diesem Signal konkretes politisches Handeln abzuleiten, auch hier in Nordrhein-Westfalen. Es gibt eine europäische Jugendstrategie. Warum gibt es keine Landesjugendstrategie? Es wäre wichtig, genau das zu entwickeln.

(Beifall von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Jugendcheckverfahren strukturell in politischen Prozessen zu verankern, um Gesetzesvorhaben und Regierungshandeln immer auch durch die Jugendbrille betrachten zu müssen, wäre ganz konkretes politisches Handeln, das die Interessen von Kindern und Jugendlichen mehr einbezieht und ihre Beteiligung verfestigt.

Die Interessen und Stimmen von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen fest zu verankern bedeutet auch, dass wir endlich dahin kommen müssen, die Absenkung des Wahlalters in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben. Nordrhein-Westfalen darf nicht zum gallischen Dorf mangelnder Beteiligung werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Abschluss: Im Europäischen Jahr der Jugend liegen – da sind wir uns hier sicherlich alle einig – große Chancen, um jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen, vor allem aber ihre Perspektiven ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): ... tatsächlich auch mit einzubeziehen und insbesondere diejenigen in den Blick zu nehmen, die besonders benachteiligt oder besonders schutzbedürftig sind und die unter dieser Pandemie besonders gelitten haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe SPD, das ist jetzt wahrscheinlich der Antrag, auf den die Jugend Nordrhein-Westfalens, gar die Jugend Europas gewartet hat. Die SPD schafft es, den Bogen zwischen ihrer irrwitzigen, jugendfeindlichen Coronapolitik und ihrer weltfremden EU-Politik zu schlagen.

Fangen wir aber mal – wie es die Pädagogen raten – mit einem Lob an. Der Antrag ist zumindest im ersten Teil erstaunlich ehrlich – geradezu ein Geständnis. Sie zählen nämlich auf, was Sie jungen Menschen in den letzten beiden Jahren zugemutet haben: Bildungsverlust, Arbeitslosigkeit, Einsamkeit, Isolation, psychische Erkrankungen und vieles mehr.

Sie haben dies alles immerhin richtig erkannt, auch wenn sich diese Liste sicherlich noch verlängern ließe.

Für die meisten Erwachsenen – wahrscheinlich auch hier im Haus – ist die Jugendzeit eine schöne Erinnerung. Nicht wenige sehen darin ihren schönsten Lebensabschnitt, und dieser ist mit einmaligen Erlebnissen verbunden: Man macht nur einmal seinen Schulabschluss, man ist nur einmal zum ersten Mal verliebt, man ist nur einmal zum ersten Mal im Ausland oder mit seinen Freunden im Urlaub.

Diese Dinge sind unwiederbringlich, und Sie, meine Damen und Herren, haben einer ganzen Generation seit nunmehr zwei Jahren diese Zeit gestohlen. Genau das macht diesen Antrag so zynisch.

Es ist ja gerade die SPD, die von allen freiheitsbeschränkenden Maßnahmen – auch und gerade für junge Menschen – nicht genug haben konnte und nicht genug haben kann. Es ist die SPD, die negativ getestete Schüler zwingt, stundenlang im Unterricht sinnlos mit Maske zu sitzen. Es ist die SPD, der die Schließung der Gastronomie, der Clubs und anderer Treffpunkte gar nicht schnell genug gehen konnte. Es Ihr Vorsitzender, meine Damen und Herren von der SPD, der Möchtegern-MP Kutschaty, der am liebsten noch in den Kinderzimmern des Landes nach unerlaubten Partys gefahndet hätte. Wir erinnern uns daran: Er wollte Bürger erwischen.

Es ist Ihre Dauersirene Lauterbach, die permanent eine Gefährdung für Kinder und Jugendliche herbei-

fantasiert, die nach all dem, was wir wissen und was die offiziellen Statistiken sagen, einfach nicht existiert. Vor ein paar Tagen behauptete er völlig faktenfrei, Omikron sei besonders gefährlich für junge Menschen. Völlig frei erfunden, wie gesagt, und das mussten sogar Mainstreamfaktenchecker attestieren.

Für die beiden vergangenen Jahre weist die Statistik bundesweit 41 Tote bis 20 Jahre – an oder mit Corona verstorben – aus. Wir wissen, dass nach anderen Studien bei einem guten Teil Corona vermutlich nicht ursächlich war, sondern nur eine Begleiterscheinung.

Ja, ich weiß. Jedes einzelne dieser Schicksale ist schlimm. Ich will das gar nicht kleinreden, aber allein im gleichen Zeitraum war die Zahl der Selbstmorde in der gleichen Altersgruppe achtmal höher. Es ist zu befürchten, dass die psychischen Schäden, die Ihre Politik anrichtet, noch viel mehr davon produzieren wird.

Doch damit nicht genug. Jetzt drängen Sie junge Menschen – mittlerweile auch bis runter in die Kindergärten –, sich gegen eine Krankheit impfen zu lassen, die sie im Regelfall nicht mal bemerken, und zwar mit Impfstoffen, die offensichtlich nicht halten, was versprochen wurde, und – unstrittig – Nebenwirkungen hervorrufen.

Nein, sie müssen sich nicht impfen lassen – zumindest noch nicht –, aber dann dürfen sie nicht mit zur Klassenfahrt, nicht zum Sport mit ihren Freunden, nicht mit ihren Freunden ausgehen; also alles, wofür man in diesem Alter lebt.

Jetzt kommt der Trost von der SPD, der Trost aus Brüssel. Die EU-Kommission hat das Europäische Jahr der Jugend ausgerufen. All der Schmerz, den einen zweijähriger Hausarrest bewirken kann, ist vermutlich verfliegen, wenn Ursula von der Leyen ein paar bunte neue Broschüren drucken lässt und mit handverlesenen Jugendlichen Bürgerbeteiligung simuliert.

Natürlich geht es Ihnen in Wirklichkeit nicht um die Interessen der Jugendlichen. Es geht Ihnen wieder mal darum, Ihre linken Dogmen als Wunsch der Jugend zu verkaufen.

Wie dies geht, das konnten wir kürzlich hier im Haus beim Jugendlandtag beobachten. Beim vorletzten Mal war Ihnen da wohl ein bisschen zu viel Freiheit drin und ein bisschen zu viel Zusammenarbeit der Fraktionen – insbesondere auch bei der bösen Fraktion der AfD. Also hat man mal eben die Regeln geändert. Man hat eine zwingende Indoktrinationssitzung vorgeschaltet und den Jugendparlamentariern auch gleich noch die Anträge vorgeschrieben, die sie beraten durften. „Jugendvolkammer“ wäre für so was wahrscheinlich der ehrlichere Titel.

(Beifall von der AfD)

Liebe Genossen – ich komme zum Schluss –, seien Sie ehrlich, Sie interessieren sich kein Stück für die Belange der Jugend, solange diese sich nicht mit Ihnen decken. Dies gilt genauso für die EU. Dieses Kasperletheater machen wir nicht mit und lehnen daher den Antrag ab.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg: Für die Einschränkungen der Jugendlichen sind – bei aller sonstigen Auseinandersetzung – nicht die Sozialdemokraten verantwortlich, sondern es ist die Virusbekämpfung. Dies sollte auch Konsens unter den Demokraten hier sein.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU])

2022 wird zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen. Die Landesregierung begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, denn – da sind wir uns sicher einig – junge Menschen waren besonders betroffen von den Einschränkungen in der Folge der Pandemie.

Das übergeordnete Ziel des Europäischen Jahres der Jugend soll die Bemühung sein, die Wertschätzung, Unterstützung und Einbindung der jungen Menschen in der Zeit nach der Pandemie zu verstärken.

Dies ist aus meiner Sicht eine wichtige Ergänzung der schon laufenden jugendpolitischen Aktivitäten der EU. Dabei soll das Augenmerk auf alle jungen Menschen gerichtet werden, vor allem aber auf diejenigen mit geringeren Chancen, aus benachteiligten Verhältnissen oder besonders schutzbedürftigen Gruppen. Diese Orientierung finde ich als Minister, der sich gerade für die Eröffnung neuer Chancen einsetzt, wichtig.

Daher haben wir als Landesregierung auch bei der Befassung im Bundesrat dem Vorhaben eines Europäischen Jahres der Jugend zugestimmt. Diese Ziele kann die Landesregierung nur unterstützen.

Was an dieser Stelle aber auch gesagt werden muss, ist, dass in Nordrhein-Westfalen bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen wurden, um die negativen Folgen der Pandemie für die junge Generation – und für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen in besonderer Weise – abzumildern. Ich nenne nur einige Stichworte: Start des Bund-Länder-Programms „Aufholen nach Corona“ und unbürokratische Verfahrensweisen bei der Förderung nach dem Kinder- und

Jugendförderplan, die Jugendplanungen und Stornierungen möglich machten, sowie die Bereitstellung von Rettungsschirmmitteln zum Beispiel für Jugendbildungsstätten.

Auch mit Blick auf das Thema „Partizipation junger Menschen“ an der Gestaltung der Gesellschaft können wir in Nordrhein-Westfalen auf gute Strukturen und Erfolge verweisen. So gibt es in Nordrhein-Westfalen etwa 100 Kinder- und Jugendgremien als regelmäßiges Jugendforum, Jugendparlament, Kinder- und Jugendrat oder Jugendbeirat. Die Servicestelle „Kinder- und Jugendbeteiligung NRW“ unterstützt diese und berät auch bei Neugründungen.

Nicht zu vergessen sind hier auch die Jugendverbände, die in ganz Nordrhein-Westfalen eine Infrastruktur der Selbstaktivierung und Beteiligung bieten. Wir sind uns wohl darüber einig, dass wir diese Struktur haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, Sie wollen mit Ihrem Antrag den Anlass der Ausrufung eines europäischen Jahres der Jugend dafür nutzen, Ihre Vorstellungen zu einer Kinder- und Jugendstrategie für NRW zu diskutieren. Das kann man sicherlich machen. Aber ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies den verabredeten Prozess des parlamentarischen Verfahrens zu Ihrem Antrag konterkariert. Am 9. Dezember hat zu diesem Antrag eine Anhörung stattgefunden. Diese gilt es doch zunächst einmal auszuwerten und dann im federführenden Ausschuss und den beteiligten Ausschüssen des Landtags zu diskutieren.

Die Anregungen nehmen wir sicherlich alle gern auf. Sie können sicher sein, dass die NRW-Koalition sich ernsthaft mit den Stellungnahmen zu dieser Anhörung befassen wird. Es ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung, Kinder und Jugendliche besser zu beteiligen. Wie ich an Ihrem engagierten Zwischenruf merke, Frau Kollegin Paul, ist das bei Ihnen offensichtlich auch der Fall.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ich habe Ihnen leider gerade nicht zugehört!)

Wir werden das im Ausschuss sicherlich gut beraten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt so. Dann kann ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3 schließen. Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags, über den wir soeben debattiert haben, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der

Antrag Drucksache 17/15878 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf

4 Silvester-Brauchtum bewahren – Mit der Wiederholung des Feuerwerksverbots an Silvester droht der pyrotechnischen Industrie die Insolvenz

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15869

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die AfD-Fraktion Herr Dr. Blex das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Dr. Christian Blex (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie froh waren die meisten von Ihnen, als Sie letztes Jahr den Feuerwerksverkauf unter dem Deckmantel Ihrer Coronahysterie verbieten konnten – ein weiteres Verbot auf dem Weg in den Obrigkeitsstaat.

Ich möchte gar nicht wissen, wie viele von Ihnen sich jetzt darüber freuen, auch dieses Jahr mit ihrer maßlosen Bevormundungspolitik fortzufahren. Die Landesregierung hat auch unter dem Ministerpräsidenten Wüst Gefallen daran gefunden, die Freiheit der Menschen zu beschneiden. Es ist aber schon eine überbordende Selbstgerechtigkeit, dass Sie sich nicht einmal die Mühe machen, das Verbot vernünftig zu begründen.

Die Pseudobegründungen sind in ihrer Lächerlichkeit und Falschheit kaum zu übertreffen: Feinstaub und Corona. Die Feinstaubmenge des Feuerwerks entspricht nach einer aktuellen Studie, die das Umweltbundesamt mittlerweile anerkannt hat, weniger als 0,7 % der jährlichen Feinstaubemissionen. Dabei handelt es sich um große und somit eher ungefährliche Partikel, die vom Regen einfach ausgewaschen werden. Die Coronahysterieargumentation ist vollkommen irre. Vielleicht wissen es manche von Ihnen noch gar nicht: Feuerwerke zündet man in der Regel draußen an – an der frischen Luft und nicht im Haus.

(Karl Schultheis [SPD]: Danke für die Information!)

Da einige Verbotsfanatiker dies mittlerweile auch bemerkt haben, wird nur noch der Unsinn von der massenhaften Überlastung der Krankenhäuser durch Feuerwerksverstümmelungen erzählt. – Ja, da lachen Sie. Es geht dabei um etwas ganz anderes, und deshalb lachen Sie. Das Silvesterfeuerwerk ist eine schöne Tradition.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])